



## Polen - Pressespiegel 29/2024 vom 18.07.2024

---

*Das finden Sie in dieser Ausgabe*

- *Dies ist nicht der Weg zum Frieden*
- *Polen hat ein Abkommen über Sicherheitskooperation mit der Ukraine unterzeichnet. Was beinhaltet das Dokument?*
- *Demokraten kontra freie Medien*
- *In Kaczynskis Partei kocht es. „Die größte Krise der PiS seit ihrer Gründung“*
- *Zerstört Orbán die Union?*
- *Justizfonds-Affäre in 30 Punkten. Adam Bodnar antwortet auf Desinformation*

*Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche*

## Dies ist nicht der Weg zum Frieden



Quelle: [polityka.pl](https://www.polityka.pl)

Von **Adam Szostkiewicz**

**U**nmittelbar nach Orbáns Besuch bei Putin griffen die Russen die Ukraine mit Raketen an. Zivilisten wurden getötet und ein Kinderkrankenhaus in Kiew wurde teilweise zerstört. Die Kinder in der onkologischen Abteilung mussten evakuiert werden. Das sind die Folgen von Orbáns „Friedensmission“. Seine Ablenkungsmanöver in der Europäischen Union werden von den Botschaftern der Mitgliedstaaten bei der EU und den EU-Außenministern in ihren Sitzungen behandelt werden. Vorerst hat Brüssel ein Kommuniqué herausgegeben, dass Orbán kein EU-Mandat für seine politische Tour durch die Hauptstädte der Ukraine, Russlands und des kommunistischen Chinas hat.

Er könnte bilaterale Gespräche führen, aber nicht im Namen der EU. Die rotierende Präsidentschaft Ungarns im Europäischen Rat berechtigt ihn nicht dazu. Orbán hat seine politischen und materiellen Interessen, die sich aber nicht mit denen der EU als Ganzes decken. Die Union unterstützt im Prinzip weiterhin die Unabhängigkeit der Ukraine und ihr Streben nach einer EU- und NATO-Mitgliedschaft. Genauso wie die von Polen nach der politischen Wende von 1989.

Die derzeitige polnische Regierung von Premierminister Tusk hat soeben ein Abkommen mit der Ukraine, vertreten durch Präsident Zelensky selbst, zur Stärkung der Sicherheitszusammenarbeit unterzeichnet. Zu Beginn gedachten die beiden Staatsoberhäupter der Opfer der Zerstörung des Kiewer Krankenhauses. Der Geltungsbereich des Abkommens ist sehr breit gefächert und reicht von Energie und Infrastruktur bis hin zu militärischen Fragen. Polen wird sich am Schutz der Ukraine vor russischen Luftangriffen beteiligen. In unserem Land wird eine ukrainische Freiwilligenlegion gebildet, die wir ausbilden und ausrüsten werden.

All dies braucht natürlich Zeit und Stabilität in der Ukraine. Außerdem werden Finanzmittel benötigt. Das Abkommen sieht auch die Erleichterung der polnischen Wirtschaftstätigkeit auf dem ukrainischen Markt vor, und das bedeutet, dass sich die Ausgaben auszahlen können. Ich bin der Meinung, dass der Abschluss des Abkommens - auch wenn die Möglichkeiten zu seiner Umsetzung heute begrenzt sind - im Interesse beider Länder liegt und der Linie der Solidarität mit der Ukraine entspricht, die von der Mehrheit der Länder der demokratischen westlichen Gemeinschaft verfolgt wird.

Der NATO-Jubiläumsgipfel in Washington DC hat begonnen. Präsident Biden, der Gastgeber des Treffens, stimmte dem Einsatz von US-Waffen für die Ukraine zu, um Ziele auf russischem Gebiet anzugreifen. Damit hat er die psychologische Barriere durchbrochen. Russland droht bereits mit Sabotageakten gegen US-Stützpunkte in Europa und damit auch gegen Polen. Biden zeigte sich erschüttert über die Zerstörung eines Krankenhauses in Kiew. Es ist zu einem neuen Symbol für Russlands Aggression gegen die Ukraine geworden. Es kursierte in den Medien auf der ganzen Welt. Heute verändern solche unvorhergesehenen Ereignisse in den militärischen und politischen Hauptquartieren das Narrativ. Russland hat einen großen Imageverlust erlitten.

Es verteidigt sich damit, dass es eine ukrainische Rakete gewesen sei. Aber jeder weiß, dass es Russland war, das in die Ukraine einmarschiert ist und den unabhängigen Staat jeden Tag aus der Luft bombardiert und Tod und Zerstörung sät. Die Ukraine verteidigt sich, obwohl sie nach wenigen Tagen fallen sollte. Gegen russische Raketen schickt sie ihre eigenen. Sie würde keine eigenen schicken, wenn sie es nicht müsste. Und das muss sie, weil sie unrechtmäßig überfallen und ihr ein Fünftel ihres Territoriums weggenommen wurde. Ihre Sicherheit ist unsere Sicherheit und die Sicherheit der gesamten Ostflanke der EU und der NATO. Das ist die Geopolitik von heute.

Orbán weiß das alles, aber er ist zur Geisel seiner Politik der Zusammenarbeit mit Russland geworden, egal unter welchen Umständen. Er ist besessen davon, so lange wie möglich an der Macht zu bleiben. Deshalb provoziert er die Union mit seinen „Missionen“. Das stärkt seine Herrschaft im eigenen Land, isoliert ihn aber in der Union. Polen wird die Präsidentschaft unmittelbar nach Ungarn übernehmen. Dies wird der Regierung Tusk eine zusätzliche Gelegenheit geben, die Sicherheit als eine Priorität der EU-Politik zu fördern.

Friedensmissionen à la Orbán bringen den Frieden nicht näher. Sie legitimieren die Aggression. Tusk hat das verstanden und seine Partner in der EU und der NATO davon überzeugt, dass das Axiom der friedlichen Diplomatie lauten muss: „Nichts über die Ukraine [entscheiden] ohne die Ukraine“.

**Zsfg.: JP**

<https://szostkiewicz.blog.polityka.pl/2024/07/10/nie-tedy-droga-do-pokoju/?nocheck=1>



[www.mleczko.pl](http://www.mleczko.pl)

**DAS IST DIE LIEBLINGSMANNSCHAFT MEINES MANNES  
UND ICH MÖCHTE IHM DIESES SPIEL  
ZUM GEBURTSTAG SCHENKEN.**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

## Polen hat ein Abkommen über Sicherheitskooperation mit der Ukraine unterzeichnet. Was beinhaltet das Dokument?



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

**Z**wischen Polen und der Ukraine wurde am Montag, dem 8. Juli ein Abkommen über die sicherheitspolitische Zusammenarbeit von Donald Tusk und Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet. Das Dokument soll für zehn Jahre in Kraft sein und sieht eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit vor. Darin verpflichtet sich Polen, die Ukraine im Falle einer erheblichen Eskalation des Krieges mit Russland „innerhalb von 24 Stunden“ nach einem russischen Angriff zu konsultieren. In dem Dokument wird jedoch nicht ausdrücklich von militärischer Unterstützung gesprochen, sondern von Hilfe „einschließlich Maßnahmen, die Russland politische und wirtschaftliche Kosten verursachen“.

### Polen wird Ukrainer zur Rückkehr ermutigen

Die Regierung verpflichtete sich in dem Abkommen, die Ausbildung von Soldaten auf polnischem Boden und „andere Formen der militärischen Zusammenarbeit in diesem Format“ fortzusetzen. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit in einer gemeinsamen litauisch-polnisch-ukrainischen Brigade. Am Montag sagte Präsident Selenskyj bei der Unterzeichnung des Dokuments, dass es auch um die Schaffung einer Legion ukrainischer Freiwilliger auf polnischem Gebiet gehe, die bereit seien, in der Ukraine zu kämpfen.

Allerdings findet sich in dem Dokument nur eine allgemeine Bestimmung, die besagt, dass „Polen auf Ersuchen der Ukraine ukrainische Staatsbürger ermutigen wird, in die Ukraine zurückzukehren, um in den ukrainischen Streitkräften und den ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungskräften zu dienen“.

Es enthielt auch eine Bestimmung, wonach ein weiteres Geschwader von Mig-29-Kampfflugzeugen zur Lieferung „in Betracht gezogen“ werden sollte. Diese Bestimmung wurde am Montag von Donald Tusk erwähnt, der sagte, dass Polen die Flugzeuge nur an die Ukraine übergeben würde, wenn es selbst weitere Flugzeuge von seinen NATO-Partnern erhält.

Darüber hinaus hat Polen der Ukraine militärische Unterstützung zugesagt. In dem Dokument heißt es, dass wir den Ukrainern bisher 44 Militärpakete zur Verfügung gestellt und Ausbildung und andere Hilfe im Wert von 4 Milliarden Euro organisiert haben (Polen hat ein Drittel der 50.000 ukrainischen Soldaten ausgebildet). Die Ausbildung umfasst auch Englischkurse an polnischen Universitäten, die fortgesetzt werden sollen.

### **Unterstützung für die ukrainische Rüstungsindustrie**

Die Regierung verpflichtete sich außerdem, „regelmäßig die Bereitstellung von Ressourcen zu überprüfen, um bestehende Einschränkungen in der Lieferkette“ für die ukrainische Rüstungsindustrie zu beheben. Das Dokument enthält auch eine Bestimmung, die besagt, dass Polen die Ukraine im militärischen Bereich unterstützen wird, dass die Ukraine im Falle eines Angriffs auf Polen sich mit Hilfe revanchieren kann.

Im Gegensatz zu einigen Berichten wird in dem Dokument nicht ausdrücklich das Abfangen von Raketen angeordnet, die von Russland in Richtung Polen abgefeuert werden, während sie sich noch auf ukrainischem Gebiet befinden. Es wird lediglich die Möglichkeit eines „möglichen Abfangens von Raketen und unbemannten Flugkörpern“ im ukrainischen Luftraum erwähnt. Es sollen jedoch Konsultationen „mit anderen Partnern“ sowie mit der Ukraine selbst zu diesem Thema stattfinden.

Das Abkommen sieht auch die Möglichkeit vor, Niederlassungen polnischer Rüstungsunternehmen in der Ukraine zu gründen. Die Regierung prüft auch die Möglichkeit, den Umfang der Wartung und Reparatur von in Polen hergestelltem schwerem Gerät zu erweitern - dies gilt sowohl für moderne, im Inland hergestellte Rüstungsgüter als auch für postsowjetische Ausrüstung.

Der zweite Teil des Abkommens betrifft die Unterstützung Polens für die Ukraine im Hinblick auf die Reformen und die Bestrebungen zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit. In dem Dokument werden unter anderem die Ausbildung ukrainischer Beamten, die Erleichterung des Zugangs polnischer Unternehmen zum ukrainischen Markt sowie die Zusammenarbeit zwischen Dienstleistungen und wissenschaftlichen Einrichtungen erwähnt. Die Ukrainer verpflichteten sich ihrerseits, Polen operative Daten vom Schlachtfeld zu übermitteln und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und Diensten, einschließlich Nachrichtendiensten und Spionageabwehr, zu verstärken.

Polen sagte der Ukraine außerdem eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung russischer Desinformation zu, die darauf abzielt, westliche Länder davon abzuhalten, die Ukraine militärisch zu unterstützen, und gemeinsam gegen organisierte Kriminalität und illegale Einwanderung vorzugehen.

„Die Teilnehmer sind sich darüber im Klaren, dass weder die Ukraine noch Europa als Ganzes sicher sein werden, solange nicht ein gerechter Frieden, der die Achtung der Rechte der Ukraine im Einklang mit dem Völkerrecht gewährleistet, wiederhergestellt ist. Polen und die Ukraine werden sich daher gemeinsam für einen gerechten und dauerhaften Frieden einsetzen, der weltweit breite Unterstützung findet“, heißt es in dem Dokument.

Beide Seiten können das Abkommen mit einer Frist von sechs Monaten kündigen. Mehr als 20 andere NATO-Staaten haben ähnliche Dokumente unterzeichnet.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7,75399,31128724,polska-podpisala-umowe-o-wspolpracy-w-dziedzinie-bezpieczenstwa.html>

## Demokraten kontra freie Medien



Quelle: [kulturaliberalna.pl](http://kulturaliberalna.pl)

Von **Tomasz Sawczuk**

**W**arum autoritäre Politiker die Medien angreifen, ist verständlich. Aber warum erklärte Demokraten die Medien angreifen, ist schwer zu ermitteln.

### Die Medien protestieren

Am vergangenen Donnerstag gab es einen großen Medienprotest, bei dem mehr als 350 Titel einen Aufruf veröffentlichten und auf den Titelseiten zahlreicher Zeitschriften eine schwarze Tafel mit der Aufschrift: „Politiker! Tötet nicht die polnischen Medien“. Ein ungewöhnliches Ereignis, denn eine ähnliche Aktion hatte bereits im Jahr 2021 stattgefunden. Damals ging es bei dem Protest unter dem Motto „Medien ohne Wahl“ um eine Abgabe auf Werbeeinnahmen, die die Regierung der PiS einführen wollte und die sich negativ auf die Finanzen der Branche ausgewirkt hätte. Im selben Jahr gab es öffentliche Proteste gegen die so genannte Lex TVN - das neue Gesetz sollte den Eigentümer des Senders zwingen, ihn zu verkaufen.

Diesmal geht es um Änderungen des Urheberrechts, das derzeit im Parlament behandelt wird. Die Kontroverse dreht sich darum, wie die Beziehung zwischen den Medien und den großen Technologieunternehmen, die ihre Inhalte in ihren eigenen Produkten verwenden, aussehen soll. Die Medien fordern eine faire Bezahlung - und sie wollen, dass der Staat die Verhandlungsbedingungen festlegt, um ihre Verhandlungsposition in den Gesprächen mit den großen Technologieunternehmen zu stärken. Eine von der Linken eingebrachte Gesetzesänderung, die eine solche Lösung vorsah, scheiterte

jedoch im Sejm - und es gibt Protest. Wie die Abgeordnete Gosek-Popiolek von Razem hinterher schrieb, „kann man 'freie Medien' schreien - aber wenn es darum geht, diesen Medien die Werkzeuge zu geben, um mit Konzernen wie Google oder Meta zu verhandeln, die derzeit Presseveröffentlichungen kostenlos nutzen, kämpfen die Bürgerplattform, PSL und Polen 2050 nicht mehr so sehr für die Medien“. Ironischerweise stimmte neben der Linken nur die PiS für den Änderungsantrag. Der Gesetzentwurf geht nun an den Senat.

Der Appell wurde von den Politikern aufgegriffen. Der stellvertretende Ministerpräsident Kosiniak-Kamysz sagte, er erwarte eine Antwort des Kulturministers. Premierminister Donald Tusk schrieb seinerseits auf dem Portal X: „Die Behörden sollten sich nicht die Gunst der Medien erkaufen, die Medien sollten mit den Behörden keine zweideutigen Geschäfte machen und Big Tech sollte Autoren und Verleger nicht ausbeuten. Es gibt viel zu besprechen. Ich möchte die Organisatoren des Protests zusammen mit Małgorzata Kidawa-Błońska für Mittwoch, 13 Uhr, in das 'Dialog'-Zentrum einladen“. Die stellvertretende Senatssprecherin Magdalena Biejat erklärte daraufhin, dass der Senat genau zu diesem Zeitpunkt über das Thema beraten werde.

### **Demokraten gegen die Medien?**

Aber auch am Rande dieses Falles gab es interessante Entwicklungen. Unter einigen Anhängern der derzeitigen Regierung kam in den sozialen Medien erneut ein feindseliger Ton gegenüber den Medien auf. Es war leicht, Stimmen zu finden, die sagten, die Medien hätten versagt oder verraten. Hier sollen die Bürger die Medien verteidigen - aber was bekommen sie dafür? Verteidigen die Medien wirklich die Bürger? In diesen Stimmen schwang die Überzeugung mit, dass die Medien in den letzten Jahren der Demokratie nicht wirklich gedient, ihr vielleicht sogar geschadet haben - oder jedenfalls offen oder verdeckt die PiS begünstigt haben. Wenn sie also irgendwelche Schwierigkeiten haben - nun, das ist ihr Problem, sollen sie doch untergehen.

Eine solche Wendung der Ereignisse kommt unerwartet. Warum autoritäre Politiker die Medien angreifen, ist verständlich. Warum aber erklärte Demokraten die Medien angreifen, ist schwer zu ermitteln. Traut den Medien nicht, weil sie lügen, hört nur auf mich direkt - das sind doch Aussagen aus dem Repertoire eines jeden Demagogen und Diktators, der etwas auf sich hält.

### **Institutionen sind wichtig**

Natürlich ist es unmöglich, die Medien im Allgemeinen zu verteidigen - die Medien als solche. Es gibt Veröffentlichungen, die schlecht, unklug oder falsch sind. Aber es ist ebenso schwierig, die Medien als Ganzes anzugreifen. Man kann einen bestimmten Artikel, Autor oder Medientitel kritisieren. Wir alle kennen bessere und schlechtere Zeitschriften (auch wenn wir vielleicht unterschiedliche Meinungen darüber haben, welche besser und welche schlechter sind). Aber von „den Medien“ im Allgemeinen enttäuscht zu sein? Das klingt nach populistischem Geschwafel.

Es lohnt sich auch, auf Folgendes hinzuweisen: Wenn nicht die traditionellen Medien, was dann? Manche verweisen hier auf neue Medienphänomene wie den Bürgerjournalismus. Denn schließlich kann eine Person, die sich für ein Thema begeistert, etwas Interessantes schreiben oder sogar neue Informationen entdecken. Er oder sie kann auch besser darüber sprechen als ein professioneller Journalist. Nun, das kann passieren. Aber wir erwarten von den Medien, dass sie die Bürger nachhaltig und konsequent mit Informationen versorgen und die Macht im Auge behalten. In diesem Zusammenhang ist der Bürgerjournalismus eine Mogelpackung. Er wird niemals eine Institution ersetzen. Er ist einfach keine Institution - er arbeitet nicht systematisch und organisiert.

Ähnlich verhält es sich mit den sozialen Medien. Heutzutage kann jeder zu relativ geringen Kosten Inhalte produzieren und hat dann dank der Social-Media-Plattformen die Chance, schnell ein breites Publikum zu erreichen. Dies ist eine Herausforderung für die traditionellen Medien, denn es kann sein, dass einige soziale Kanäle beliebter sind als die Websites der alten Titel, und manchmal sind sie auch interessanter und wertvoller. Es ist jedoch eine Sache, die Herausforderung zu sehen, und eine andere, sich vorzustellen, dass es möglich ist, die traditionellen Medien umfassend durch eine Vielzahl von sozialen Kanälen zu ersetzen - das klingt nach reiner Fantasie.

## **Auf dem Weg ins Mittelalter**

Nehmen wir in diesem Zusammenhang einen interessanten Beitrag von Jakub Szymczuk, bis vor Kurzem Fotograf von Präsident Andrzej Duda, auf dem Portal X: „Die Zukunft liegt nicht in den alten Medien, sondern in kleineren unabhängigen, fragmentierten Zentren, die sich um Journalisten, Kommentatoren und Influencer gruppieren. Jeder soll selbst entscheiden, wem er zuhören will, wem er glauben will. Der Appell sollte nicht lauten: Polen rettet die Medien, sondern: Polen baut eure eigenen Plattformen, damit die Urheber von Inhalten leicht mit ihrem Publikum in Kontakt treten können.“

Einige Denker sagten voraus, dass mit dem Ende des Zeitalters der Aufklärung, das auf den Idealen des rationalen Verstehens und der Einheit des Wissens beruhte, eine Zeit anbrechen würde, die so etwas wie ein neues Mittelalter darstellte. Dies würde die fortschreitende Zersplitterung der intellektuellen Kultur, den Zerfall der öffentlichen Sphäre und damit nicht einmal so sehr den Zusammenbruch gemeinsamer Normen und Werte bedeuten (denn diese haben ja nie wirklich existiert), sondern die Schwächung eines bestimmten zivilisatorischen Ideals, auf dem die liberal-demokratische politische Ordnung beruht.

So würde die soziale Welt ohne echte Medieninstitutionen aussehen - wo jeder seine eigenen Plattformen aufbaut, um leicht mit seinem Publikum in Kontakt zu treten, wie Szymczuk es ausdrückte. Dann wird jeder sein eigenes Wissen haben, obwohl wahrscheinlich nur wenige Informationen haben werden. Und vielleicht werden alle damit glücklich sein, obwohl ich vermute, dass sie auf lange Sicht eher unglücklich sein werden. Denn die neuen Medien versprechen Nähe und Unmittelbarkeit und gleichzeitig mehr Aufregung. Damit wird dem aufklärerischen Prozess der Wissensproduktion, der eher seelenlos und unpersönlich ist, wirksam begegnet. Doch das daraus resultierende Medienchaos wird keineswegs beruhigend, sondern eher irritierend sein; es wird einen politischen Untergrund für jemanden schaffen, der verspricht, dieses ganze Chaos zu säubern.

**Zsfg.: AV**

<https://kulturaliberalna.pl/2024/07/08/sawczuk-demokracy-kontra-wolne-media/>

## In Kaczyńskis Partei kocht es. „Die größte Krise der PiS seit ihrer Gründung“



Quelle: [dorzeczy.pl](http://dorzeczy.pl)

*Die Krise in Kleinpolen ist ein Symptom für die allgemeinen Probleme der Partei von Jarosław Kaczyński. „So viele Ausbrüche hat es in der PiS noch nie gegeben“, schätzt **Professor Rafał Chwedoruk** ein.*

**A**m Donnerstag fand in Krakau eine weitere Sitzung des kleinpolnischen Sejmiqs statt, der seit den Kommunalwahlen keinen Marschall der Woiwodschaft mehr hat. Und das nur, weil der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński Łukasz Kmita für dieses Amt vorgeschlagen hat. Seine Wahl wurde jedoch von einer Gruppe von PiS-Ratsmitgliedern abgelehnt. Ihre Rebellion führte dazu, dass Kmitas Kandidatur gleich fünfmal hintereinander abgelehnt wurde.

Die Wende kam erst am Donnerstag, als die PiS sich den Rebellen beugte und Lukasz Smolka, der schließlich eine Mehrheit erhielt, für das Amt des Marschalls von Kleinpolen vorschlug. Auf seine Kandidatur entfielen 22 Stimmen. An der geheimen Abstimmung nahmen 39 Ratsmitglieder teil, 17 stimmten dagegen.

„Wir stehen vor der größten Krise der PiS als politische Partei seit ihrer Gründung. Zwar gab es Jahre, in denen die Umfragewerte und Wahlergebnisse unvergleichlich schlechter waren, zum Beispiel nach den Wahlen 2011, aber noch nie gab es eine solche Anhäufung von Problemen um die Partei. Und noch nie waren die Aussichten auf eine Rückkehr an die Macht mit so vielen Fragezeichen behaftet wie derzeit“, meint der Politikwissenschaftler Professor Rafał Chwedoruk.

## **Revolte in der PiS**

Wie er in einem Interview mit Newsweek einschätzt, befinden sich die Aktivisten der PiS „in einer ziemlich merkwürdigen Situation“. Die PiS ist eine starke Partei, die aber derzeit keine Chance hat, an die Macht zurückzukehren, und das bedeutet, dass die Aktivisten ihre eigenen privaten Interessen über die der Partei stellen werden.

Chwedoruk weist darauf hin, dass die PiS in Kleinpolen immer stark war. Wenn es dort zu einer Revolte kommt, zeigt das, dass das Vertrauen der Politiker in die PiS erschüttert ist. „Wenn dies dort geschieht, und schließlich gab es auch in der Woiwodschaftsversammlung von Podlachien eine schwierige Situation, wo die PiS die größte Fraktion war und dennoch nicht an der Macht ist, bedeutet dies, dass alles und überall passieren kann“, urteilt er.

Der Politikwissenschaftler sagte, dass „solche Ausbrüche und so schwerwiegende zentrifugale Tendenzen in der PiS noch nie gesehen wurden, nicht einmal nach der Wahlniederlage 2007 und dann 2011“.

**Zsfg.: JP**

<https://dorzeczy.pl/opinie/607962/pis-w-kryzysie-chwedoruk-takich-erupcji-nie-bylo-nigdy-w-partii-kaczynskiego.html>

## Zerstört Orbán die Union?



Quelle: [wyborcza.pl](http://wyborcza.pl)

Von **Piotr Buras**

**W**er die sechsmonatige Präsidentschaft der Europäischen Union innehat, sorgt normalerweise nicht für viel Aufregung. Nur Journalisten und Experten werden sich daran erinnern, dass Belgien gerade seine Präsidentschaft beendet hat. Und davor? Eben.

Aber dieses Mal ist es anders.

### **Ein Unionskritiker an der Spitze der Union**

Seit dem 1. Juli steht Ungarn an der Spitze der Union, und seitdem ist es schwer, sich daran nicht zu erinnern. Ungarn untergräbt seit Jahren die EU-Regeln und die Einheit der Union in so wichtigen Fragen wie den Beziehungen zu Russland und der Hilfe für die Ukraine. Ihr nationalistischer und antiliberaler Führer Viktor Orbán stützt seine politische Position und sein ideologisches Profil auf eine grundlegende Kritik an der Union und eine Ablehnung der Werte, auf denen sie beruht.

Und nun steht derselbe Orbán an der Spitze der Union und betrachtet sich als ihr Vertreter. Mit den Federn einer Friedenstaube bekleidet, besucht er - in ihrem Namen? - Russland und China, um angeblich ein Ende des Krieges in der Ukraine zu erreichen. Er hat dazu kein Mandat von anderen Staats- und Regierungschefs, aber das passt ihm. Das Motto der ungarischen Präsidentschaft ist im Geiste Trumps „Make Europe Great Again“. In Orbáns Mund klingt das wie ein Hohn, denn er ist eher ein Totengräber als

ein Geburtshelfer der EU-Größe. Kann er, wenn er die Union in den nächsten sechs Monaten anführt, ihr irreparablen Schaden zufügen?

Die EU-Ratspräsidentschaft ist ein Element des komplexen und recht undurchsichtigen Entscheidungssystems der EU. Das Land, das die Präsidentschaft innehat, kann eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, die Zusammenarbeit zu fördern und die Union voranzubringen. Denn es sind seine Vertreter - Minister und Beamte -, die die Arbeit der EU-Maschinerie lenken. Sie leiten die Ministertreffen und die zahlreichen Arbeitsgruppen, d. h. die Gremien, in denen Fragen der Landwirtschaft, des gemeinsamen Marktes, der Energie oder der Sanktionen erörtert und entschieden werden.

Der Rat der Europäischen Union, jenes Organ der Union, das von der Präsidentschaft geleitet wird, ist ein Schlüsselorgan. Hier sind die Mitgliedstaaten vertreten, hier wird über alle Gesetzgebungsvorhaben abgestimmt (in der Regel mit qualifizierter Mehrheit, ohne Vetorecht), und ohne seine Zustimmung kann die Europäische Kommission keine ihrer Initiativen durchführen. Eine effiziente und ehrgeizige EU-Ratspräsidentschaft kann viel zur Straffung der Aktivitäten der Union beitragen. Aber kann sie ihr auch grundlegend schaden?

### **Orbán regiert die Union nicht**

Die gute Nachricht ist, dass Orbán die Union nicht regiert. Paradoxerweise haben seine Minister eine größere Rolle zu spielen als der Regierungschef selbst. Denn der EU-Rat tagt in verschiedenen Formationen - auf der Ebene der Landwirtschafts-, Klima-, Industrie- oder Verkehrsminister - und dort hat Ungarn den Vorsitz. Doch wenn sich die Staats- und Regierungschefs der EU, darunter auch Viktor Orbán, auf den medienwirksamen und politisch entscheidenden EU-Gipfeln treffen, ist der Chef des „präsidierenden“ Landes nur einer von vielen. Denn diese Gipfeltreffen sind bereits Treffen einer anderen Institution - des Europäischen Rates, der seinen eigenen Präsidenten hat. Heute ist es noch der Belgier Charles Michel, aber bald wird es wahrscheinlich der Portugiese Antonio Costa sein (vorher hatte Donald Tusk dieses Amt inne). Es ist dieser Politiker, der zusammen mit dem ihm unterstellten bürokratischen Apparat die Tagesordnung für diese Gipfeltreffen festlegt und ihre Beratungen leitet.

In den letzten fünfzehn Jahren hat die Rolle des Europäischen Rates und seiner Gipfeltreffen enorm zugenommen, vor allem auf Kosten des Einflusses und der Bedeutung der Präsidentschaft. Das liegt nicht nur daran, dass dies im Vertrag von Lissabon über die Arbeitsweise der Union so geregelt wurde. Ein wichtigerer Grund war, dass sich die Union in dieser Zeit mit vielen Problemen auseinandersetzen musste, auf deren Lösung sie überhaupt nicht vorbereitet war - die Rettung von Ländern vor dem Bankrott, die Bekämpfung von Pandemien, der Brexit, der Krieg in der Ukraine ... Das waren keine Zeiten, in denen es ausreichte, sich auf erfahrene Technokraten zu verlassen. Es waren die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten, die ad hoc entscheiden und sich auf Dinge einigen mussten, die nicht vollständig in den Verträgen geregelt waren. Auf ihren Sitzungen werden Beschlüsse einstimmig gefasst, und genau dort wendet Viktor Orbán so oft seine Erpressungspolitik an, indem er damit droht, sein Veto einzulegen und EU-Beschlüsse zu blockieren. Aber er kann diese Methoden unabhängig davon anwenden, ob er die Präsidentschaft innehat oder nicht.

Die Behauptung, Ungarn stehe heute „an der Spitze“ der EU (ab Januar wird Polen diese Rolle übernehmen), ist daher ein wenig übertrieben. Denn die Rolle der Präsidentschaft ist eher technokratisch als politisch. Ihre Grenzen zeigen sich vor allem in der Außenpolitik. Der ungarische Regierungschef vertritt die Union nicht nach außen, wie ihm Charles Michel nach seinem Besuch in Moskau deutlich zu verstehen gab. Es ist der Vorsitzende des Europäischen Rates, der bei seinen Kontakten mit Wladimir Putin, Joe Biden oder Xi Jinping der einzige Vertreter der gesamten Union ist. Orbán vertritt nur sich selbst, und wenn er etwas anderes behauptet, überschreitet er (natürlich absichtlich) seine Funktion. Aus diesem Grund hat die polnische Regierung darum gebeten, dass die Angelegenheit behandelt wird - Orbáns Handeln verstößt gegen die Verträge.

### **Eher Troll denn Demiurg**

Orbán liebt solche Provokationen und fühlt sich wohl dabei. Er inszeniert sich als Demiurg der europäischen Politik und will mit seiner Rolle als heutiger EU-Vorsitzender den Glauben stärken, dass er

Europa nach seinem Gutdünken umkrepeln kann. Dies dient wahrscheinlich eher einem innenpolitischen Zweck, denn Orbáns Stern ist etwas verblasst. Dennoch soll der Eindruck, dass er die Union mit seiner Politik von innen heraus lähmen kann, auch seine Verhandlungsposition stärken. Die Union hat die Auszahlung von Geldern an Ungarn wegen schwerer Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit eingefroren. Doch mehr als ein allmächtiger Demiurg gleicht Orbán einem Troll, der Freude daran hat, seine Partner zu nerven. Seine Möglichkeit, die Union tatsächlich zu „blockieren“, ist sehr begrenzt. Auch weil Orbán Pech hat.

Der ungarische Ratsvorsitz fällt in eine Zeit, in der sich in der Union wenig tut - zumindest in den Bereichen, in denen der Ratsvorsitz Einfluss hat. Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament ist die Union damit beschäftigt, sich neu zu organisieren. In wenigen Tagen wird das Parlament den Chef der Kommission wählen. Sollte es Ursula von der Leyen nicht gelingen, eine Mehrheit für ihre Kandidatur zu finden, wird sich das Verfahren bis zum Herbst hinziehen. Selbst wenn alles so reibungslos wie möglich abläuft, wird die neue Europäische Kommission erst am 1. November die Verantwortung übernehmen, wenn die EU langsam in die Vorweihnachtszeit eintritt. Und es ist die Europäische Kommission, die die Legislativvorschläge macht, denen der Rat der Union nur noch zustimmen kann. In diesem Halbjahr wird es keine großen Vorschläge geben. Sie sind erst nach dem 1. Januar zu erwarten, wenn Polen die Zügel in die Hand nimmt. Orbán wird viele Grimassen und Gesten machen können, aber wenn er auf eine weitere wirksame Erpressung gehofft hat, wird er darauf verzichten müssen. Das weiß er sehr wohl, und seine diplomatische Offensive ist auch ein Beweis für seine Ohnmacht gegenüber dem Instrument, das er am liebsten einsetzt.

### **Orbán ist der Lackmустest für die politischen Probleme der EU**

Das Problem der EU mit Orbán ist jedoch real. Nur, dass es nicht die Art und Weise betrifft, wie Ungarn den Ratsvorsitz führt. Hier kann der mögliche Schaden begrenzt werden. Den Ungarn könnte sogar die Präsidentschaft entzogen werden, wenn eine Vier-Fünftel-Mehrheit der Mitgliedsstaaten zu dem Schluss käme, dass die Vertragsverletzung nicht mehr toleriert werden kann. Die vorherrschende Meinung ist jedoch, dass dies ein Spiel ist, das sich nicht lohnt. In Anbetracht der Rolle der Präsidentschaft in diesem Semester ist dies wahrscheinlich richtig.

Aber es steht mehr auf dem Spiel. Denn Orbáns bisheriges Handeln - Erpressungspolitik, Vergewaltigung der Rechtsstaatlichkeit, ein Putin-freundlicher Kurs in der Außenpolitik - wurde bisher zu oft nur mit hochgezogenen Augenbrauen und gefalteten Händen quittiert. Orbáns Problem ist kein institutionelles, juristisches oder technokratisches - es ist ein grundlegend politisches. Es ist höchste Zeit, dass die anderen europäischen Staats- und Regierungschefs (nicht die Kommission oder das Parlament) ein klares Signal geben, dass sie dieses Vorgehen nicht akzeptieren. Der ungarische Ratsvorsitz bietet eine gute Gelegenheit, die Isolation Ungarns in der Union zu demonstrieren, und sei es nur, indem sie den Rang der Vertreter, die an von Ungarn organisierten Treffen teilnehmen, verringern, wie es einige Länder bereits tun. Den größten Einfluss auf die Union hat Orbán eben nicht durch die Institutionen (die Präsidentschaft) oder gar durch seine Erpressungspolitik. Er ist das Ergebnis seiner Anti-EU-Vision und -Rhetorik, die bei Nationalisten in ganz Europa Anklang und Unterstützung findet. Das wahre Gegenmittel ist nicht (nur) Strafe und Empörung, sondern eine Politik, die die Achtung der europäischen Werte mit der Berücksichtigung der Sorgen der Bürger über die Migration, die Folgen der Klimapolitik oder die Aussichten auf einen Krieg in der Ukraine in Einklang bringt. Der Erfolg in der Auseinandersetzung mit Orbán und anderen Populisten im Kampf um Europa wird nicht am Schicksal der ungarischen Präsidentschaft gemessen werden, sondern an der Fähigkeit der demokratischen Parteien, sich der Herausforderung zu stellen.

**Zsfg.: AV**

<https://wyborcza.pl/7.75968.31132034.czy-orban-zniszczy-unie.html>

## Justizfonds-Affäre in 30 Punkten. Adam Bodnar antwortet auf Desinformation



Quelle: [wyborcza.pl](https://wyborcza.pl)

Von **Wojciech Czuchnowski**

**E**s ist unwahr, dass die im Rahmen der Ermittlungen zum Justizfondsskandal vorübergehend inhaftierten Personen „gefoltert“, „gequält“, „schikaniert“ und anderen Handlungen ausgesetzt wurden, die gegen das Gesetz und internationale Standards verstoßen, schreibt Adam Bodnar in einer 30 Punkte umfassenden Erklärung.

„Die Aufklärung des Skandals um den Justizfonds und die Strafverfolgung derjenigen, die Verbrechen begangen haben, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die ich in meinem Amt wahrnehme“, heißt es in dem vom Justizminister und vom Generalstaatsanwalt unterzeichneten Kommuniqué. Wie Bodnar betont, „kann man nicht von der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit in Polen sprechen, wenn man sich nicht verpflichtet, über die von hohen Behördenvertretern begangenen Verbrechen Rechenschaft abzulegen, sei es im Zusammenhang mit Machtmissbrauch oder anderen kriminellen Handlungen“.

### **Bodnar „schockiert über das Ausmaß der Lügen“**

Nach Angaben der „Wyborcza“ war der unmittelbare Grund für die entschlossene Reaktion Bodnars die Dienstademonstration der PiS, die „zur Verteidigung des gefolterten Priesters Michał Olszewski“ organisiert wurde. Es geht um den Vorsitzenden der Profeto-Stiftung, der seit März wegen Korruption und Veruntreuung von Geldern aus dem Justizfonds in Haft sitzt (seine Stiftung hat fast 100 Mio. PLN erhalten). PiS behauptet, der Priester sei dort von der „Geheimpolizei gefoltert“ worden. Hanna

Machinska, ehemalige stellvertretende Ombudsfrau, betonte in einem Interview mit „Wyborcza“, dass, obwohl Menschenrechtsaktivisten seit Jahren auf die harten Bedingungen in Polizeigewahrsamskammern aufmerksam machen, es aber ein Missbrauch ist, in diesem Fall von Folter zu sprechen.

In seiner Rede vor dem Sejm sprach der PiS-Vorsitzende [Kaczyński] jedoch von „politischer Repression, Banditentum, Folter, kriminellen und skandalösen Methoden, einem großen Verbrechen und einer Befriedungsaktion“. Als die Menge „Gestapo, Gestapo!“ rief, erklärte Kaczynski, dass „harte Worte notwendig sind“.

Unseren Informanten zufolge ist Bodnar „schockiert über das Ausmaß der Lügen und Manipulationen in dieser Affäre“. „Er konnte nicht glauben, was er in der Berichterstattung über den Protest vor dem Sejm hörte“, erzählt uns einer seiner Mitarbeitern.

Die Veröffentlichung von Bodnars „30 Thesen“ hat aber noch einen anderen Grund - es geht um die für Freitag geplante Abstimmung über die Aufhebung der Immunität und die Zustimmung zur Inhaftierung des PiS-Abgeordneten Marcin Romanowski.

Romanowski war stellvertretender Justizminister unter der PiS-Regierung und leitete den Justizfonds. Die Staatsanwaltschaft will ihn anklagen, seine Befugnisse überschritten zu haben, indem er Wettbewerbe für Zuschüsse manipuliert und Gelder, die für Verbrechenopfer bestimmt waren, zur Finanzierung des Wahlkampfs von Abgeordneten der *Suwerenna Polska* - der Partei von Zbigniew Ziobro - verwendet hat.

Bodnars Erklärung bezieht sich übrigens ausdrücklich auf „zahlreiche Presseveröffentlichungen und Äußerungen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter eine Reihe von Politikern der PiS und *Suwerenna Polska*“. Wie der Minister schreibt, sind diese „völlig unwahr und haben den Charakter einer Desinformation, die um die Erklärung des Justizfondsskandals herum aufgebaut wurde“.

### **„Es war möglich, fast alles zu finanzieren“**

Hier die wichtigsten Punkte der Erklärung von Adam Bodnar:

- Der Fonds für Opferhilfe und Hilfe nach dem Strafvollzug, auch Justizfonds genannt, wurde eingerichtet, um Opfern und Zeugen von Straftaten sowie Personen zu helfen, die eine Haftstrafe verbüßt haben und versuchen, wieder ein ehrliches Leben in der Gesellschaft zu führen. Nach dem Gesetz dürfen die Gelder aus dem zweckgebundenen Fonds nur im Einklang mit den Zielen des Fonds ausgegeben werden.
- Als Zbigniew Ziobro Justizminister war, wurde im Ministerium eine eigene Abteilung für den Justizfonds eingerichtet. Dies ermöglichte die vollständige Kontrolle über die Verwendung der Mittel, verbunden mit einer fast vollständigen Abschottung der Öffentlichkeit von Informationen und Kenntnissen über die Aktivitäten des Fonds.
- 2017 wurden gesetzliche Änderungen vorgenommen, die die Aktivitäten des Fonds erheblich erweiterten, indem sie einen dritten Zweck hinzufügten, der zu dem undefinierten Begriff „Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität“ wurde. Dies schuf ein Einfallstor für eine sehr weit gefasste Überinterpretation der Zuschusszwecke, die den Politikern den trügerischen Glauben vermittelte, dass mit der richtigen Begründung fast alles aus dem Fonds finanziert werden könnte.
- In der Justizfonds-Affäre geht es um die rechtswidrige und unrechtmäßige Verwendung von staatlichen Zuschüssen in Höhe von mehreren Millionen, die gegen das Gesetz und die Ziele des Fonds verstoßt und nach eigenem Ermessen nur einer Personengruppe und dem persönlichen Vorteil dienen. Diese gingen größtenteils an Institutionen, die mit den Politikern, die den Fonds verwalten, verbunden sind. Sie wurden auch als Mittel zur Erreichung von Wahlzielen und zur Unterstützung der politischen Kampagnen der damaligen Führung des Justizministeriums verwendet.
- Die Affäre wird heute vom Sonderteam 2 der Staatsanwaltschaft untersucht. Sechs Personen arbeiten in diesem Team. Die Ermittlungen werden in den nächsten Monaten fortgesetzt und sich auf ein breites Spektrum von Personen erstrecken, die in das Verfahren der unrechtmäßigen Auszahlung von Mitteln aus dem Fonds verwickelt waren. Diesen Personen wird vorgeworfen, eine organisierte kriminelle Gruppe gebildet zu haben, Wettbewerbe veranstaltet zu haben, Befugnisse überschritten und Pflichten verletzt zu

haben, in Dokumenten die Unwahrheit gesagt sowie das Eigentum der Staatskasse in großem Umfang geschädigt zu haben, um persönliche und materielle Vorteile zu erlangen.

- Bislang wurden 11 Personen in diesem Fall angeklagt. Die Anklagen stützen sich auf ein solides Beweismaterial, darunter sehr umfangreiche Unterlagen, Bankdaten, Material, das bei Dutzenden von Durchsuchungen im Rahmen der Ermittlungen sichergestellt wurde, sowie auf Zeugenaussagen und Erklärungen der Verdächtigen.

### **„Die Dienststellen hielten sich strikt an die Regeln“**

Bodnar geht in der Erklärung auch ausführlicher auf die Festnahmen und Inhaftierungen von Verdächtigen ein:

- Die Staatsanwaltschaft wirft den oben genannten Personen vor, gemeinsam und in Absprache gehandelt zu haben, um der Profeto-Stiftung eine finanzielle Unterstützung zu gewähren, obwohl die Stiftung die formalen und inhaltlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Finanzhilfe nicht erfüllt hat. Die Handlungen der Beschuldigten sollen unter anderem darin bestanden haben, in den Unterlagen Unwahrheiten über die Erfüllung der formalen Voraussetzungen zu bescheinigen und darüber hinaus die Punktzahlen im Bereich der Erfüllung der Voraussetzungen und materiellen Bedingungen zu hoch anzusetzen. Die Beweise zeigen, dass die Beamten genau wussten, dass die Stiftung die geforderten Bedingungen nicht erfüllte, und darüber hinaus gemeinsam und im Einvernehmen mit dem Antragsteller handelten. Durch diese Handlungen entstand ein Schaden in Höhe von mehr als 66 Mio. PLN.

- Drei Personen, darunter Pater Michał O., ein Vertreter der Profeto-Stiftung, sowie Karolina K. und Urszula D., die in der Abteilung des Justizfonds arbeiten, wurden durch Gerichtsbeschluss einer vorbeugenden Maßnahme in Form von Untersuchungshaft unterworfen, deren Anwendung später verlängert wurde. Die Gerichte, die die Untersuchungshaft gegen die oben genannten Verdächtigen anordneten und verlängerten, wiesen darauf hin, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit bestand, dass die Verdächtigen die ihnen vorgeworfenen Straftaten begangen hatten, und dass außerdem die reale Gefahr einer schweren Bestrafung und die reale Befürchtung einer unrechtmäßigen Beeinflussung des Verfahrensverlaufs bestand.

- Die Dienststellen, die im Zusammenhang mit den in diesem Fall inhaftierten Personen tätig sind, haben im Bewusstsein des großen öffentlichen Interesses an dem Fall des Fonds die in der polnischen Gesetzgebung verankerten Normen gewissenhaft beachtet und befolgen diese, wobei sie die Rechte und die Würde der Inhaftierten achten. Gleichzeitig werden die Vorschriften zur Gewährleistung der Sicherheit sowohl der Häftlinge als auch der Beamten, die die Maßnahmen durchführen, genauestens eingehalten.

- Es ist unwahr, dass die Gefangenen im Rahmen der Ermittlungen zum Justizfondsskandal „gefoltert“, „gequält“, „schikaniert“ und anderen Handlungen ausgesetzt wurden, die gegen das Gesetz und internationale Standards verstoßen.

- Gleichzeitig wurde den Untersuchungshäftlingen angesichts des großen öffentlichen Interesses an ihren Aktivitäten, der großen öffentlichen Emotionen, die den Fall begleiten, und des Verdachts auf Verbrechen, die auf den höchsten Ebenen der polnischen Macht begangen wurden, der gesetzlich vorgesehene besondere Schutz in der Haft unter Bedingungen erhöhter Isolation und Sicherheit gewährt. Es liegt in der Verantwortung des polnischen Staates, dafür zu sorgen, dass in solchen Fällen kein Ereignis eintritt, das ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden könnte.

### **Das Gericht wird entscheiden**

Außerdem erinnert Bodnar daran, dass während der Regierungszeit der PiS Unregelmäßigkeiten im Fonds in den Medien beschrieben wurden und ihre Veröffentlichungen durch eine Prüfung des Obersten Rechnungshofs bestätigt wurden. Ziobro hat darauf nicht reagiert. Er hat Premierminister Morawiecki nicht einmal auf seine Bitten um Erklärungen zurückgeschrieben.

„Zbigniew Ziobro war der einzige Minister in der Regierung von Mateusz Morawiecki, der sich nicht auf das Schreiben aus dem Büro des Ministerpräsidenten bezog“, unterstreicht Bodnar.

Er erinnert auch daran, dass „die Justiz, die vollständig vom politischen Umfeld von Zbigniew Ziobra kontrolliert wurde, keine wirklichen Schritte zur Aufklärung der Affäre unternommen hat“.

Die Erklärung des Ministers schließt mit einem wichtigen Satz: „Die bloße Anklageerhebung bedeutet nicht, dass eine Schuld festgestellt wird. Über Schuld und Strafe oder Unschuld wird das Gericht entscheiden“.

**Zsfg.: JP**

<https://wyborcza.pl/7,75398,31134814,afera-funduszu-sprawiedliwosci-w-30-punktach-adam-bodnar-odpowiada.html>

## ZITAT DER WOCHE



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

„Es war der neue britische Premierminister Keir Starmer, der die Engländer warnte, dass die Polen in wenigen Jahren reicher sein würden als sie. Gestern Abend, während unseres Gesprächs, sprach er davon, dass er stolz auf die polnischen Wurzeln seiner Frau sei und dass wir ein wichtiger Partner für ihn sein würden.“

**Donald Tusk**

Quelle: <https://x.com/donaldtusk/status/1809518309320090107>

## **n-tv.de**

Tausende Ukrainer melden sich für polnische Freiwilligen-Legion

<https://www.n-tv.de/politik/Tausende-Ukrainer-melden-sich-fuer-polnische-Freiwilligen-Legion-article25080186.html>

---

## **focus.de**

Polen verstärkt seine Grenzen zu Russland und Belarus

[https://www.focus.de/politik/ausland/massive-truppenaufstockung-polen-verstaerkt-grenzen-zu-russland-und-belarus\\_id\\_260128395.html](https://www.focus.de/politik/ausland/massive-truppenaufstockung-polen-verstaerkt-grenzen-zu-russland-und-belarus_id_260128395.html)

---

## **inforadio.de**

Scholzowanie

<https://www.inforadio.de/rubriken/in-polen/2024/in-polen-podcast-scholzowanie.html>

---

## **derstandard.at**

Was chinesische Soldaten an der Grenze zu Polen machen

<https://www.derstandard.at/story/3000000227883/was-chinesische-soldaten-an-der-grenze-zu-polen-machen>

---

## **laender-analysen.de**

Polens schwierige Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit – Ergebnisse nach einem halben Jahr Amtszeit der Regierung Tusk

<https://laender-analysen.de/polen-analysen/332/polens-schwierige-rueckkehr-zur-rechtsstaatlichkeit-ergebnisse-nach-einem-halben-jahr-amtszeit-der-regierung-tusk/>

**DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas**

<https://forumdialog.eu/>

**POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung**

<http://www.polen-und-wir.de/>

**REDAKTION:**

[kontakt@mitte21.org](mailto:kontakt@mitte21.org)

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik